

Nusbası 5 Kuruştur

ABONE
(Posta Ücreti dahil olmak üzere)
dahil içün haric içün
Aylık Türk Krasi 1.50 RM. 5.—
Üç aylık " 4.25 " 13.—
Altı aylık " 8.— " 25.—
Bir senlik " 15.— " 50.—
yahad mukabil
Pazarden başka her gün çıkar

İdarecisi:

Beyoğlu, Cihangir sokakı 7
Telegraf adresi: Türkpost
Telefon: 44.606
Posta Kütüsü: İstanbul 1269

Türkische Post

11. Jahrgang Nr. 2752

Tagesszeitung

Preis der Einzelnummer 5 Kurus

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
für 1 Monat	Tgl. 1.50	RM. 5.—
„ 3 Monate "	4.25	13.—
„ 6 Monate "	8.—	25.—
„ 12 Monate "	15.—	50.—
oder Gegenwart		

Erscheint täglich außer Sonntags

Geschäftsleitung:
Beyoğlu, Cihangir sokakı 7
Drahtanschrift: Türkpost
Fernsprecher: 44.606
Postach: İstanbul 1269

Istanbul, Freitag, 20. Nov. 1936

Staatsrechtliche Neugestaltungen in Italien?

Zur ersten Wiederkehr des Tages, an dem die vom Völkerbund verhängten Sanktionen gegen Italien in Kraft traten, also zum 18. November, ist der Große faschistische Rat zu einer Sitzung nach Rom einberufen worden. Inzwischen sind die Sanktionen sang- und klanglos aufgehoben worden, und der einzige Mann, der sich noch eingehend mit ihnen ausgetauscht hat, ist der Sieger im Boykottkrieg: Benito Mussolini. Noch in seiner Maiänder Rede vom 1. November hat er das Thema noch einmal berührt.

So darf es denn nicht wunder nehmen, daß jetzt in Italien Gerüchte umgehen, wonach die staatsrechtliche Stellung Mussolinis auch formal gegenüber der Krone und dem Lande herausgehoben würde. Der 18. November ist eben der Tag der Erinnerung an die Sanktionen und damit auch an die Abwehr des Boykottkrieges durch den italienischen Regierungschef. Diese bisher unbestätigten Gerüchte wollen wissen, daß Mussolini zum Duce d'Italia erhoben werden soll, der die großen Richtlinien der allgemeinen Politik bestimmt, und unter dem sowohl ein Ministerpräsident als auch ein Führer der faschistischen Partei diese beiden großen Aufgaben verwältigen würden. Man sagt auch, daß der neue Führer der faschistischen Partei dem Innenministerium unterstellt oder angegliedert würde.

Das italienische Abgeordnetenhaus würde dann zu einer „Kammer der Fasch und der Korporationen“, um als Repräsentativorgan der neuen sozialen und nationalen Ordnung des italienischen Volkes zu wirken, womit zugleich der liberal-demokratische Gedanke scharf abgelehnt wird. daß der Abgeordnete der Massenzahl von Wählern, die nur der Wahlvorgang zu einem staatlichen Akt vereinigt, sein Mandat verdankt. Es liegt auf der Hand, daß, wenn sich der italienische Regierungschef tatsächlich zu einer so tief einschneidenden Maßnahme — wofür einige Vermutungen sprechen — entschließen sollte, die Abgrenzung der Zuständigkeiten aller beteiligten Faktoren von höchstem und allgemeinem Interesse sein wird.

Unabhängig von dieser überall bemerkenswerten staatsrechtlichen Neugestaltung wird die Frage eines großen Amtswechsels in Italien erörtert. Er ist bereits eingeleitet mit der inzwischen vollzogenen Ernennung des bisherigen Gouverneurs von Rom, Boatta zum italienischen Unterrichtsminister. Wie so viele engen Mitarbeiter Mussolinis steht er noch in einem jugendlichen Alter. Er ist 41 Jahre alt. Er hat den Weltkrieg mitgemacht und als Freiwilliger auch den abessinischen Feldzug. Er kommt von der Tagesschriftstellerrei her und hat sich insbesondere als „Korporationenminister“ und als Leiter der sozialen Fürsorgeeinrichtungen einen Namen gemacht. Wenn der bisherige Unterrichtsminister Vecchi vor allem die vor militärische Ausbildung in den Schulen gefördert hat, so darf von dem neuen Unterrichtsminister angenommen werden, daß er in allen Zweigen der italienischen Unterrichtsverwaltung, insbesondere aber schon in der Volksschule, den sozialen Gemeinschaftsgedanken betonen wird.

Der bisherige Parteisekretär Starace soll Innenminister werden, was für die oben angedeutete Möglichkeit einer noch engeren Verbindung zwischen Partei und Staat sprechen würde. Der bisherige Führer der Milizen dürfte in diesem Falle Nachfolger Starace's in der Partei werden. Dazu kommt noch die Frage einer Umbesetzung des Finanzministeriums und die Schaffung von Unterstaatssekretariaten im italienischen Propagandaministerium. Charakteristischerweise sollen nicht weniger als vier Unterstaatssekretäre ernannt werden, und zwar einer für die italienische, einer für die ausländische Presse, einer für den Tourismus und einer für Filmfragen.

Schließlich sei noch erwähnt, daß der bekannte Fliegergeneral und Gouverneur von Libyen, Balbo, als Anwärter auf einen bedeutungsvollen diplomatischen Posten genannt wird.

Die Istanbuler Studenten protestieren gegen die Gewaltmaßnahmen in Syrien

Von 6000 Wahlberechtigten haben nur 300 gewählt

Der Studentenverband hat beim Vilated von Istanbul um die Erlaubnis gemacht, eine öffentliche Protestkundgebung der Universitäts- und Hochschuljugend Istanbuls gegen die Unterdrückung der türkischen Mehrheit im Sandschak Iskenderun abzuhalten zu können.

Die Kundgebung ist für morgen, Sonnabend, den 21. 11. 1936, um 14 Uhr auf dem Republik-Platz vor der Universität Istanbuls in geschlossenem Zug vom Republik-Platz in Beyazit nach dem Taksim-Platz marschieren.

Antakya, 19. November

Die Beauftragten der türkischen Mehrheit von Antakya haben bezüglich des bei den Wahlen durch amtliche syrische Stellen verübten Wahlbetrugs an den französischen Oberkommissar in Syrien folgenden Protestschriften gesandt:

Die Wahlen in Antakya wurden durchgeführt, ohne vorher die im Wahlgesetz vorgeschriebenen Wahlüberwachungsausschüsse zu bilden. Trotz des großen Druckes und der Einnischungen, die von amtlichen Stellen verübt wurden, haben in der Stadt kaum 1% der Einwohner und auf dem Lande nicht mehr als 10% der Landbevölkerung an den Wahlen teilgenommen. Dennoch haben die Beamten auf dem Lande vorbereite

Wahlzettel ausgefüllt und diese verfälschten Wahlzettel in Höhe der im ersten Wahlgang wahlberechtigten Wähler jeden einzelnen Dorfes in die Wahlurnen geworfen.

Die Türken haben sich an den Wahlen mit keiner einzigen Stimme beteiligt. Auch haben die anderen Volksstämme eine Beteiligung an der Wahl abgelehnt. Deshalb konnten die Gesetze nicht Gevorgeschen. Nach der Kundgebung wird die Universitäts- und Hochschuljugend Istanbuls in geschlossenem Zug vom Republik-Platz in Beyazit nach dem Taksim-Platz marschieren.

Antakya, 19. November

Abdülgani Türkmen, Sükrü, Frau Melek, Nafi Miski, Fevzi, Semsettin, Stadtverordneter Bekir Berkât, Sadik, Abdülhay und der Mufti von Antakya, Necip.

Iskenderun, 19. Nov.

Über die vorläufigen Ergebnisse der Wahlen liegen aus einzelnen Ortschaften des Sandschak Iskenderun folgende Ziffern vor:

In der Stadt Antakya haben von den insgesamt 5829 Wahlberechtigten nur 319 Personen gewählt. In Iskenderun wählten von 2340 Wahlberechtigten nur 630, in Beyazit von den 1600 Wahlberechtigten nur 230 Wähler.

Diese Zahlen sprechen Bände und bil-

den einen unwiderlegbaren Beweis für die Berechtigung der Wünsche der entstehen türkischen Mehrheit, der man das Recht zur Selbstbestimmung des eigenen Geschickes absprechen will, um sie unter eine noch mittelalterliche Verwaltung zu stellen.

Antakya, 19. November

Ein Türke namens Mustafa aus dem Dorfe Mürsel im Kreis Ordu (Sandschak Iskenderun) wurde von Mitgliedern der armenischen Taschnak-Organisation ermordet, weil er sich gegen diese Leute, die ihn gewaltsam zum Wahllokal schleppen wollten, tapferig zur Wehr setzte.

Iskenderun, 19. November

Der Hauptschriftleiter der hier von Franzosen herausgegebene Zeitung „El Liwa“ wurde in Antakya während eines Kirchenbesuchs von seinen eigenen orthodoxen Gläubigen tödlich angegriffen, weil er entgegen der Entscheidung des orthodoxen Kreises, sich an den Wahlen nicht zu beteiligen, Wahlaufrufe veröffentlicht hat.

Antakya, 19. November

Der alaüstische Polizeikommissar Jamal, der während der Wahlen versuchte, die Einwohner ihres unterstellten Stadtteiles gewaltsam an die Wahlurnen zu bringen, wurde von jungen alaüstischen Leuten mit Steinen beworfen und schwer verletzt.

In Antakya haben nunmehr auch die letzten Türken, die noch den Fes tragen, begonnen, diese Kopfbedeckung durch Hüte zu ersetzen.

Eine Erklärung des englischen Außenministers

Englands Haltung bleibt die gleiche

London, 19. November (A.A.)

Reuter meldet: Die amtlichen englischen Kreise teilen mit, daß der deutsche und der italienische Konsul beide Barcelona verlassen haben. Zur Stunde hat die englische Regierung noch nicht ihre Haltung, sei es in Bezug auf die Anerkennung der Franco-Regierung durch Deutschland und Italien, sei es in Bezug auf die Mittelung von Burgo, die Blockade von Barcelona durchzuführen, festgelegt. Heute wird amtlich erklärt, daß die Lage, wie sie durch die Erklärung Franco geschaffen ist, in Whitehall geprüft werde. Man kann dies darin deuteln, daß auch die Möglichkeit, die englische Handelsflotte zu warnen, ebenfalls in Auge gefaßt wird.

Die Londoner Flottenkreise bezweifeln, daß Franco in der Lage sei, eine wirksame Blockade der spanischen Mittelmeerbächen durchzuführen. Sie sind der Auffassung, daß sich die Aufständischen zunächst einmal der spanischen Südoftküste bemächtigen müssen. Ein Angriff gegen einen der Häfen, die sich noch in den Händen der Madrider Regierung befinden, würde sehr wahrscheinlich eine Seeschlacht zwischen den nationalsozialistischen und den regierungstreuen Kreigsschiffen zur Folge haben.

Die spanischen Kreise in London, so fügen Reuter hinzu, teilen mit, daß der große Kreuzer „Cádiz“, der sich in den Händen der Aufständischen befindet und in den letzten Tagen in der Meerenge von Gibraltar sehr tätig war, von deutschen Offizieren befehligt wird und mit deutscher Material versiehen ist.

Weiter erfährt man, daß die spanischen Kreise zur Verfügung stehende Flotte fast ganz in Cartagena zusammengezogen ist.

Genauer Meldeungen über die Einheiten, die den Aufständischen zur Verfügung stehen, fehlen. Man weiß nur, daß der kleine Kreuzer „República“, den Kreuzer „Cádiz“, der große Kreuzer „Cádiz“ und der kleine Kreuzer „Almirante Cervera“ in den südspanischen Gewässern zusammen mit einigen anderen kleineren Schiffen kreuzen.

London, 20. November.

Im englischen Unterhaus gab gestern der britische Außenminister eine Erklärung über Spanien ab.

Was die Anerkennung der Franco-Regierung durch Deutschland und Italien betrifft, — so sagte Eden — so bleibe dadurch die Haltung Englands die gleiche, wie sie schon bei früheren Gelegenheiten auseinandergesetzt worden sei.

Der Führer der Arbeiterepposition, Attlee, erklärte daraufhin, er ziehe aus den Worten Edens den Schluss, daß die britische Regierung von Spanien angesehen werden könnte, wenn sie versüge nicht mehr über die notwendige Autorität.

Die Madrider Regierung, so wird weiter in diesen Kreisen betont, kann nichts mehr tun, um den Schutz der deutschen Staatsbürger gegen die spanischen Anarchisten zu gewährleisten. Sie erinnern daran, daß das Reich vergebliche Genugtuung für den Mord, der an deutschen Staatsbürgern verübt worden ist, gefordert habe. Weiter habe sich Deutschland vergeblich um die Herausgabe des in Madrid beschlagnahmten Flugzeuges bemüht.

Eden gab darauf Antwort, daß es auch, wenn man die Franco-Regierung anerkenne, möglich sei, sich an die Nichteinmischungsbemühungen zu halten und von Waffenlieferungen abzusehen. Er erklärt kategorisch — so sagte Eden — daß die Regierungen eine größere Schuld an den Verhältnissen in Spanien tragen als Deutschland und Italien.

Dieser betonte Hinweis erregte den Protest des Abgeordneten Gallocher, den einzigen Kommunisten im Unterhaus.

Der Abgeordnete erbat von Eden die Quelle für diese Aussage, worauf Eden antwortete, die Sache sei dem Nichteinmischungsausschuss unterbreitet worden.

Neue englische Note zur Westpaktfrage

London, 20. November.
Der britische Außenminister Eden empfing gestern Nachmittag die Botschafter Deutschlands, Frankreichs und Belgiens sowie den italienischen

Geschäftsträger und überreichte Ihnen die seit länger Zeit erwartete neue englische Note zur Westpaktfrage.

Die Reuter-Agenten meldet dazu, die Note enthalte Vorschläge zur Überbrückung der Meinungsverschiedenheiten, die sich in den verschiedenen Antworten auf die letzte britische Note vom 18. September herausgestellt hätten. Man glaubt, — berichtet Reuter weiter — daß die englischen Vorschläge allgemein gehalten seien und nichts über den Zeitpunkt der einzubeginnenden Konferenz enthalten.

Deutschland und Italien bleiben im Nichteinmischungsausschuss

Paris, 19. November (A.A.)
Gewisse ausländische politische Beobachter verbinden den Entschluß Deutschlands und Italiens, die Regierung in Burgos anzuerkennen, mit der kürzlichen Mittellung, in der bekanntgegeben wurde, daß die Aufständischen die Absicht haben, demnächst Barcelona anzugreifen, um zu verhindern, daß Kriegsmaterial nach Catalanien gebracht werde.

Die gleichen Beobachter führen hinz, daß man vielleicht die Spanische Flotte in die Bucht von Barcelona zu legitimieren, denn währenddessen würde sie den Flottengesetze zuwiderlaufen,

London, 19. November (A.A.)
Die italienischen Kreise in London erklären, daß die italienischen Vertreter bezüglich der Nichteinmischungsfrage keine neuen Weisungen erhalten haben. Sie fügen hinzu, sie glauben nicht, daß die Anerkennung Franco die Aufgabe der Neutralität einschließt. Infolgedessen wird auch die italienische Abordnung weiterhin an den Arbeiten des Nichteinmischungsausschusses teilnehmen.

Berlin, 19. November (A.A.)
Der Havas-Berichterstatter teilt mit, daß die halbmilitären deutschen Kreise erklären, daß die Anerkennung der Regierung in Burgos ausschließlich durch außenpolitische Erwägungen bedingt worden ist. Sie fügen hinzu, daß diese Entscheidung in keiner Verbindung mit dem Selbstmaden Salengro steht. Diese Nachricht traf in Berlin erst nach der Absendung der Weisungen an die deutschen Diplomaten ein.

Die gleichen Kreise haben hervor, daß die Regierung von Madrid nicht mehr als die gesetzliche Regierung von Spanien angesehen werden könnte, wenn sie versüge nicht mehr über die notwendige Autorität.

Die Madrider Regierung, so wird weiter in diesen Kreisen betont, kann nichts mehr tun, um den Schutz der deutschen Staatsbürger gegen die spanischen Anarchisten zu gewährleisten. Sie erinnern daran, daß das Reich vergebliche Genugtuung für den Mord, der an deutschen Staatsbürgern verübt worden ist, gefordert habe. Weiter habe sich Deutschland vergeblich um die Herausgabe des in Madrid beschlagnahmten Flugzeuges bemüht.

Die gleichen Kreise erklären, daß zur Zeit kein Vertreter der Madrider Regierung in Berlin anwesend ist, nachdem der spanische Geschäftsträger Rovira auf eigenen Wunsch infolge der Anerkennung der Regierung in Burgos durch die spanischen Kreise in Deutschland verlassen habe. Die Lage ist völlig abnormal gewesen und erforderte eine schnelle Lösung. Das Reich hat infolgedessen seinen Geschäftsträger in Alcante zurückberufen und einen diplomatischen Vertreter in Burgos ernannt, bis Franco Madrid eingenommen hat.

London, 19. November (A.A.)
Der Rundfunksender von Valencia hat heute morgen mitgeteilt, daß die spanische Regierung beim Völkerbund gegen die Anerkennung der Franco-Regierung durch Deutschland und Italien Einspruch erheben wird.

Zum italienischen Geschäftsträger in Valencia ist der General Franco ist der in den letzten Monaten als italienischer Geschäftsträger in Alcante weilende Botschafter Teccuti ernannt worden.

Der Geschäftsträger wird sich sofort nach Burgos begeben.

London, 19. November (A.A.)
Der Rundfunksender von Valencia hat heute morgen mitgeteilt, daß die spanische Regierung beim Völkerbund gegen die Anerkennung der Franco-Regierung durch Deutschland und Italien Einspruch erheben wird.

Neue Protestschriften an den französischen Oberkommissar in Syrien

Staatssekretär Schmidt in Berlin eingetroffen

Eden über die Lage in Spanien

Neue Westpakt - Vorschläge

Das zweite Weissbuch des Außenministeriums gedruckt

Ankara, 19. Nov.

Das vom Außenministerium ausgearbeitete zweite Weissbuch, das den gesamten Notenwechsel und alle Unterlagen für die gerechte Sache der türkischen Mehrheit des Sandschak Iskenderun enthält, ist bereits gedruckt und wird morgen der Großen Nationalversammlung sowie den Angehörigen des diplomatischen Korps zugestellt.

Das Meerengenabkommen

Genf, 19. November.

Die türkische Regierung hat dem Völkerbund mitget